



**Liebe Partei-
freundinnen und
Parteifreunde,**

der Wechsel gehört zum Wesen der Demokratie. Dort wo Opposition ausgeschaltet ist, wo keine Kontrolle erfolgt, dort werden die Regierenden träge und orientieren sich nicht selten eher an eigenen Interessen als an denen der Bürgerinnen und Bürger. In Westdeutschland haben wir glücklicherweise inzwischen seit 60 Jahren einen demokratisch verfassten Rechtsstaat, der Oppositionsrechte wahrt und den Wechsel ermöglicht.

Ein solcher Wechsel ist nach 1969, 1982 und 1998 nun wieder möglich. Sie meinen, ich hätte bei meiner Aufzählung das Jahr 2005 – den Beginn der Kanzlerschaft von Angela Merkel – vergessen? Ich glaube nicht.

Welchen Wechsel hat es 2005 gegeben? Welche Impulse sind von dieser Regierung ausgegangen? Mir fällt allein eine verstärkte Akzentuierung der Familienpolitik ein. Hierfür hatte Gerhard Schröder sicher kein Händchen. Aber sonst? Im Gegenteil: Es wurden sogar frühere, weitreichende Strukturveränderungen, etwa beim Arbeitslosengeld II, wieder verwässert.

Die heute Regierenden sind träge geworden. Neue Gesetzgebungsvorhaben wurden zuletzt nicht mehr vorangebracht. Die Koalitionspartner haben vielmehr deutlich gemacht, dass sie diese Koalition nicht länger wollen. Nach elf Jahren braucht es den Wechsel in diesem Land. Die CDU ist offenkundig damit überfordert, sich in einer Koalition mit der SPD mit eigenen Akzenten zu behaupten.

Die CDU in Berlin ist weitgehend beliebig geworden. Das ist sicher unsere Chance in diesem Wahlkampf, das anschließende Regieren mit dieser CDU macht dies nicht einfacher. Der CDU muss klar sein, dass sie vier Jahre verschenkt hat, dass die erste Kanzlerschaft Merkels nur ein Annex zur Ära Schröder war.

Es kommt jetzt auf uns an. Nach elf Jahren in der Opposition sind wir gut darauf vorbereitet, jetzt den Wechsel zu vollziehen – in diesen Tagen des Wahlkampfes und dann in Regierungsverantwortung.

Ihr
Oliver Liersch

Dr. Oliver Liersch
Generalsekretär

**SPD-Steuerprogramm:
Wie immer Flickschusterei**

Elf Jahre haben die SPD-Finanzminister Zeit gehabt, ein vernünftiges Steuersystem auf die Beine zu stellen. Doch weder Oskar Lafontaine noch Hans Eichel noch Peer Steinbrück haben zukunftsweisende Steuerreformen verwirklicht. In der noch amtierenden großen Koalition haben die Sozialdemokraten unter Bruch ihres Wahlversprechens mit der Mehrwertsteuererhöhung um drei Punkte sogar die größte Steuererhöhung seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland mitzuverantworten. Steuerpolitische Flickschusterei, systemwidrige und krisenverschärfende Maßnahmen sind Kennzeichen sozialdemokratischer Steuerpolitik.

Auf dieser bisherigen steuerpolitischen Linie bewegt sich auch das Steuerprogramm der SPD für die Bundestagswahl am 27. September. Ein durchgreifender Reformwille ist darin nicht zu erkennen. Populistische, undurchdachte und rechtlich bedenkliche steuerpolitische Forderungen reihen sich aneinander.

An der Spitze der steuerpolitischen Versprechen der SPD steht die Einführung eines Lohnsteuerbonus von 300 € für Alleinstehende bzw. 600 € für Verheiratete, die auf die Abgabe einer Einkommensteuererklärung verzichten. Eine solche Regelung wäre schon ziemlich absurd, weil sie naturgemäß nur solchen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute käme, für die ohnehin keine Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung besteht. Warum aber sollte man Bürgerinnen und Bürgern für einen Verzicht auf etwas, zu dem sie überhaupt nicht verpflichtet sind, eine Prämie gewähren? Wie will man dies solchen Steuerpflichtigen erklären, die Lohnersatzleistungen wie Kranken- oder Arbeitslosengeld erhalten haben und deshalb eine Steuererklärung abgeben müssen? Fragwürdig wäre dieser Bonus auch, weil er Anreize zu gesetzeswidrigem Verhalten geben würde: Er könnte Bürgerinnen und Bürger, die zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet sind,



in Versuchung bringen, es mit dieser Verpflichtung nicht so genau zu nehmen. Steuerausfälle von bis zu 3 Mrd. €, die die SPD für diese Maßnahme veranschlagt, sind ein hoher Preis für einen solchen steuerpolitischen Unfug.

Nichts anderes als Klientelpolitik sind auch die Vorschläge der Sozialdemokraten zur Veränderung des Einkommensteuertarifs. Den Eingangssteuersatz will die SPD von 14 Prozent auf 10 Prozent senken. Der Tarifverlauf soll dabei in einer Form gestaltet werden, dass Entlastungen für zu versteuernde Einkommen bis 52.882 €/105.764 € (Alleinstehende/Verheiratete), dem bisherigen Endpunkt der Steuerprogression, eintreten. Für Einkommen ab 125.000 €/250.000 € soll der Spitzensteuersatz auf 47 Prozent mit Verwendung der daraus fließenden Mehreinnahmen für Bildungszwecke („Bildungssoli“), also für zusätzliche Staatsausgaben, erhöht werden. Keine Rede also von einer Tarifverbesserung aus einem Guss.

Der Progressionsanstieg würde sich durch die sozialdemokratischen Tarifpläne verschärfen, weil der Eingangssteuersatz abgesenkt würde, der Progressionsendpunkt aber unverändert bliebe. Die Tarifkurve würde also steiler. Das Ärgernis der sog. kalten Progression - der Tatsache also, dass die Steuerbelastung auch dann steigt, wenn Einkommenserhöhungen nur die Geldentwertung

ausgleichen - würde verschärft. Die wohlfeile Forderung nach der mit einem „Bildungssoli“ verbrämten Erhöhung des Spitzensteuersatzes ist nichts anderes als eine Ausdehnung und Anhebung der bereits bestehenden, von der großen Koalition zu Beginn dieser Legislaturperiode eingeführten „Reichensteuer“.

Auf absolut tönernen Füßen steht die Forderung der SPD nach Wiedereinführung der 1991 abgeschafften Börsenumsatzsteuer. Außer Acht gelassen wird dabei, dass eine solche Maßnahme EU-rechtlich höchst zweifelhaft wäre. Vor allem aber würde die Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer das Wertpapiergeschäft vom deutschen Finanzplatz vertreiben. Die katastrophalen Erfahrungen, die Schweden mit der Einführung seiner – inzwischen wieder abgeschafften – Börsenumsatzsteuer gemacht hat, schlagen die deutschen Sozialdemokraten in den Wind.

Es erstaunt auch, dass die SPD der FDP vorwirft, für Steuerentlastungen sei kein Geld da, sie selbst aber auf der einen Seite Steuerentlastungen vorschlägt und auf der anderen Seite zusätzliche Ausgaben fordert, wie zum Beispiel einen um viele Milliarden Euro erhöhten Krankenversicherungszuschuss aus Steuermitteln. Das passt vorne und hinten nicht zusammen.

Carl-Ludwig Thiele MdB

Inhalt:

- Hans-Werner Schwarz:
Den Sport im Blick
■ Patrick Döring:
Soziale Marktwirtschaft
erneuern **2**

- Hans-Michael Goldmann:
Kurz vor den Bundestagswahlen
2009 – ein Blick nach vorne
■ Dr. Philipp Rösler:
Kreditversorgung der Unter-
nehmen im Blickpunkt **3**

- Hans-Heinrich Sander:
Das Wattenmeer ist
Weltnaturerbe
■ Friedrich-Naumann-Stif-
tung für die Freiheit/
Rudolf von Bennigsen-
Stiftung im zweiten
Halbjahr 2009 **4**

- Gesine Meißner:
Erste personelle und politische
Weichenstellungen
■ JuLis: Organspenden retten
Leben **5**

- Liberaler Mittelstand:
Nur „CDU + FDP = Politik-
wechsel in Deutschland“
■ Senkung der Abgaben-
belastung dringend
notwendig **6**

- Sommertour: Christian
Grascha, MdL, besucht
niedersächsische
Mittelständler
■ Liberale Senioren:
Für Seniorenbeiräte in
Städten und Gemeinden! **7**

- Liberale Frauen:
Sommerfest der
Liberalen Frauen
■ Sommertruck
„Aufwärts für Deutschland“
im Ammerland
■ VLK: Nach der Wahl ist vor
der Wahl! **8**

Aus dem Landtag: Den Sport im Blick

Die Landtagsfraktion hat sich zum Ziel gesetzt, den Sport mehr in das Blickfeld der politischen Begleitung zu rücken, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Uns ist bewusst, dass, insbesondere im Bereich der Gesundheitsförderung und auch der Integration, der Sport in unserem Bundesland eine hohe Bedeutung hat, der nicht immer hinreichend Rechnung getragen wird.

Wir haben bewusst Kontakte zu zahlreichen Sportfachverbänden geknüpft, um einerseits die Wertschätzung der dort geleisteten Arbeit zum Ausdruck zu bringen, um uns aber andererseits auch darüber zu informieren, wie es um das „Sportland

Niedersachsen“ im Allgemeinen bestellt ist. Uns macht Mut, mit welcher Bereitschaft und hohem Interesse man uns dabei begegnet ist. Wir werden die bestehenden Kontakte pflegen und weitere aufbauen. Darüber demnächst mehr! Heute möchte ich darauf aufmerksam machen, dass wir eine ganze Menge Positives für die sportliche Entwicklung auf den Weg gebracht haben.

Darüber darf man auch mal nach dem Motto „Tue Gutes und rede darüber“ ganz offen sprechen.

Wir haben 2004 ein Projekt unter dem Namen „Bewegter Kindergarten“ auf den Weg gebracht, das bundesweit seinesgleichen sucht.

Nahezu 1.000 Kindertagesstätten machen bisher mit und haben elementare Bewegungserziehung zu ihrem Schwerpunkt erklärt. Sie steuern damit bewusst der Bewegungsarmut im Alltag unserer Kinder entgegen. Bereits im vorschulischen Bereich

wird mit der Sportjugend Niedersachsen die Vernetzung mit den Sportvereinen vorangetrieben. Die Eltern werden gleichzeitig eingebunden über Informationen zum Thema „Bewegungserziehung im Elementarbereich“, usw.

Dieses Projekt läuft unter Beteiligung zahlreicher Partner, ohne die eine Umsetzung nicht denkbar wäre.

Ich möchte an dieser Stelle auch auf den Aktionsplan „Lernen braucht Bewegung“ aufmerksam machen. Er wurde 2007 in Kraft gesetzt, in aktiver Zusammenarbeit mit dem Landessportbund gestaltet und bis 2010 festgeschrieben. Es ist bereits heute festzuhalten, dass es Sinn machen wird, dieses Engagement für den Sport weiter fortzusetzen. Es geht darum, im Kindes- und Jugendalter die positiven Akzente, die der Sport mit sich bringt, für unsere Gesellschaft zu nutzen.

- Die „Sportfreundliche Schule“,
 - Der „Pierre de Coubertin – Schulpreis“,
 - Die „Schwimmfähigkeit im Grundschulalter“ auszubauen, sind nur einige Bausteine des Aktionsplans.
- Ich halte es für zwingend erforder-



lich, auch weiterhin für ein sportfreundliches Klima an unseren Schulen zu werben. Hier müssen all diejenigen, die sich für Fitness und Sportlichkeit unserer Kinder an den Schulen einsetzen, nachdrücklich unterstützt werden. Es sind schon zahlreiche Schulen mit dem Zertifikat „Sportfreundliche Schule“ ausgezeichnet worden. Es müssen noch viel mehr werden.

Hier besteht natürlich ein Bezug zur Förderung des Spitzensports im Land Niedersachsen. Talente zu sichten und zu fördern, ist am besten in Kooperation mit Sportfachkräften über die Schulen möglich. Gerade „Sportfreundliche Schulen“

entwickeln durch ihre zahlreichen Angebote Kernkompetenzen, die dann die Talentsuche leichter machen.

Kriterien, wie man „Sportfreundliche Schule“ werden kann, sind unter aktionsplan@mk.niedersachsen.de oder info@lsb-niedersachsen.de abrufbar.

Hans-Werner Schwarz, Landtagsvizepräsident, Sportpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion ■



Aus dem Bundestag: Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft erneuern

Der Begriff wird immer wieder – und wohl zu oft – bemüht, aber selten war er so wahr wie dieses Mal: Am 27. September geht es um eine Richtungswahl. Die Wählerinnen und Wähler entscheiden über weit mehr als die Zusammensetzung des nächsten Deutschen Bundestages. Es geht letztlich um den Charakter und das Selbstverständnis unserer Gesellschaft und um die Frage, ob wir die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland erneuern können – oder ob das Erbe Ludwig Erhards von der nächsten Bundesregierung abgewrackt wird. Die Leitlinie der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards war der freie und faire Wettbewerb, den er für „das erfolversprechendste Mittel zur Erreichung und Sicherung jeden Wohlstandes“ hielt. Die Lehren Erhards werden von der gegenwärtigen Regierung al-

lerdings konsequent ignoriert. Da hilft es auch nicht, wenn ein sympathischer Wirtschaftsminister gute Öffentlichkeitsarbeit macht. An ihren Taten sollt ihr sie erkennen – und die sprechen eine deutliche Sprache: Schon lange vor Beginn der Krise hat der Staat sich lieber direkt in zahlreiche gesellschaftliche, unternehmerische und individuelle Entscheidungen eingemischt und das Trennungsgebot der Sozialen Marktwirtschaft zwischen Staat und Markt außer Kraft gesetzt – während auf der anderen Seite die Kernaufgaben des Staates, die Schaffung klarer ordnungspolitischer Rahmenbedingungen, deren Kontrolle und Sanktionierung, vernachlässigt wurden.

Auch jetzt folgt das Regierungshandeln nicht den Grundzügen der Sozialen Marktwirtschaft, im Gegenteil. Der Staat will die Krise quasi im Alleingang regeln, anstatt

auf die Initiative und Leistungsfähigkeit der Bürger zu setzen und diese zu stärken. Eine umfassende Steuerreform, von der alle in gleicher Weise profitieren würden, unterblieb dementsprechend ebenso wie größere Anstrengungen zur Deregulierung. Private Investitionen, die 90 Prozent aller in Deutschland getätigten Investitionen ausmachen, wurden damit kaum stimuliert. Stattdessen werden branchenspezifische Subventionen und Stützungsmaßnahmen entwickelt und staatliche Investitionsprogramme aufgelegt, die, wenn überhaupt, nur mit großer zeitlicher Verzögerung Wirkung entfalten. Auf der Strecke bleibt dabei wieder einmal der Mittelstand, der von diesen Maßnahmen nur geringfügig profitiert – zugleich aber durch eine hohe Steuern- und Abgabenlast zur Finanzierung der sich ausweitenden Staatstätigkeit und

der Subventionierung großer Konzerne herangezogen wird.

Auf diese Weise wird der Wettbewerb in doppelter Weise verzerrt, weil auf der einen Seite der Mittelstand mit zusätzlichen Kosten belastet wird, während auf der anderen Seite die Kosten unternehmerischer Fehlentscheidungen bei großen Konzernen sozialisiert werden.

Wirtschaftlicher Erfolg hängt immer weniger von der eigenen Leistung ab, sondern davon, ob man seine Konkurrenten behindern und sich selbst durch staatliche Intervention Vorteile verschaffen kann.

Eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft ist überfällig. Derzeit ist die FDP jedoch die einzige Partei in Deutschland, die sich ganz klar zu den Prinzipien Ludwig Er-

hards bekennt. Auch wenn die Union unter den gegebenen Umständen der einzig mögliche Bündnispartner ist – denn SPD, Grüne und Linke scheiden von vornherein aus – bleibt der FDP daher nichts anderes übrig, als vor allem für sich selbst zu kämpfen. Denn nur wenn die Liberalen stark genug sind, können sie im Falle einer zukünftigen Regierungsbeteiligung auch die Union wieder zurück auf den Kurs der Sozialen Marktwirtschaft zwingen. Dafür kämpfe ich in den verbleibenden Wochen bis zur Bundestagswahl am 27. September. Dabei hoffe ich auf Ihre Unterstützung.

Patrick Döring MdB ■



Kurz vor den Bundestagswahlen 2009 – ein Blick nach vorne



So kurz vor den Wahlen und mitten im Bundestagswahlkampf sind alle Kandidaten mit viel Fleiß, Begeisterung und Engagement mitten im Geschehen. Wir sind dort, wo wir gebraucht werden - bei den Wählern - und befinden uns schon seit Wochen im intensiven Austausch, welchen Weg Deutschland einschlagen muss.

Gerade im Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die derzeitige Regierung viele Fehlentwicklungen zu verantwor-

ten, die sich in bitterer Enttäuschung bei den Landwirten und Verbrauchern niederschlagen.

Die FDP wird sich vor allem für die Abschaffung der unfairen Wettbewerbsbedingungen für die Bauern einsetzen, wie bei der zu hohen Agrardieselbesteuerung. Nur mit besseren und gerechteren Rahmenbedingungen kann die unternehmerische Landwirtschaft erfolgreich sein.

Auch der Verbrauchertäuschung durch die Lebensmittelimitate muss

nach monatelangen Debatten ohne konsequente Maßnahmen seitens der Regierung ein Ende gesetzt werden. Der Lebensmittelsektor muss im Interesse unserer Verbraucher sicherer ausgestaltet sein. Die FDP setzt sich dafür ein, dass das was drin ist, auch drauf steht. Nie sind unsere Bürger und Bürgerinnen stärker für ihre Verbraucherrechte sensibilisiert gewesen als in den vergangenen Monaten.

Das müssen wir nutzen, indem wir ihnen besonders jetzt und für die

Zukunft die nötigen Informationen anbieten. Daher muss es unser Ziel sein, das Verbraucherinformationsgesetz zu erweitern.

Ich freue mich auf die Bundestagswahl 2009 und wünsche uns allen maximale Wahlerfolge. Wir sind auf die Zeit nach der Wahl vorbereitet und schauen positiv in die Zu-

kunft. Die vielen unterschiedlichen Aufgaben, die vor uns liegen, werden wir positiv und mit viel Kraft angehen.

Hans-Michael Goldmann MdB ■

Aus dem Wirtschaftsministerium: Kreditversorgung der Unternehmen im Blickpunkt



zurückgezahlt werden können. In Niedersachsen ist es vor allem die landeseigene Förderbank, die NBank, die den kleinen und mittelständischen Unternehmen hilft, ihre Liquidität zu erhalten. Dazu haben wir in den vergangenen Mona-

ten eine ganze Reihe von Instrumenten entwickelt.

Eines dieser Instrumente ist das Niedersachsen-Globaldarlehen, mit dem wir den Banken und Sparkassen Refinanzierungskapital für Kredite zur Verfügung stellen, die diese dann direkt an die mittelständischen Unternehmen weiterreichen. Wir setzen dabei voll auf die Hausbanken und Sparkassen, die bei der NBank Globaldarlehen bis zur Höhe von 25 Mio. Euro beantragen können.

Außerdem hat das Land die Fördermöglichkeiten des Niedersachsen-Kredits ausgeweitet und einem größeren Kreis von Unternehmen zugänglich gemacht. Bis Ende 2010 ist der maximale Darlehensbetrag von 0,5 auf 1,5 Millionen Euro erhöht und die bisherige Umsatzgrenze von zehn auf 20 Millionen Euro verdoppelt worden. Der Niedersachsen-Kredit wendet sich an kleine und mittlere Unternehmen, Existenzgründungen und freie Berufe. Die Kredite werden zu günstigen, risikogerechten Zinssätzen, die für die gesamte Kreditlaufzeit festgeschrieben werden, im Hausbankverfahren vergeben. Darüber hinaus besteht für die Unter-

nehmen noch die Möglichkeit, den Kredit über eine Bürgschaft der Niedersächsischen Bürgschaftsbank (NBB) abzusichern. Ein weiteres Instrument zur Verbesserung der Kapitalsituation, insbesondere von wachstumsorientierten kleinen und mittleren Unternehmen, sind die Beteiligungsfonds, die das Land Niedersachsen über die NBank mit einem Volumen von insgesamt 70 Millionen Euro aufgelegt hat. Aus den Fonds erhalten kleine und mittlere Unternehmen 250.000 bis 1,5 Millionen Euro über einen Zeitraum von zwölf Monaten als stille Beteiligung, um sie in die Lage zu versetzen, Kapitalengpässe zu überwinden und Wachstumschancen jetzt und für die Zukunft optimal zu nutzen. Insgesamt können Unternehmen maximal 2,5 Millionen Euro erhalten. Möglich sind auch offene Beteiligungen bis zu einer Gesamthöhe von 200.000 Euro. Über die Wachstumsfinanzierungen hinaus sind Beteiligungen an jungen Unternehmen ebenfalls denkbar.

Mit all diesen Instrumenten wollen wir den Unternehmen die Möglichkeit geben, ihren erhöhten Liquiditätsbedarf zinsgünstig zu decken. Darüber hinaus schöpfen wir aber auch die Möglichkeiten der direkten Wirtschaftsförderung voll aus, damit Niedersachsen keine Nachteile mehr gegenüber den neuen Bundesländern hat.

Bei allen Bemühungen bleibt wichtig, die notwendige Konsolidierung der Staatsfinanzen nicht aus den Augen zu verlieren. Deswegen setzen wir nicht auf kurzfristige Ausgabenprogramme – wie z. B. Konsumgutscheine – sondern ne-

ben nachhaltigen Investitionen in die Infrastruktur vor allem auf bessere Rahmenbedingungen für unsere kleinen und mittleren Unternehmen.

**Philipp Rösler MdL,
Stv. Ministerpräsident,
Minister für Wirtschaft,
Arbeit und Verkehr** ■



Aus dem Umweltministerium: Das Wattenmeer ist Weltnaturerbe

Am 26. Juni 2009 wurde dem Deutsch-niederländischen Wattenmeer die höchste Ehre zuteil, die einem Naturraum zugesprochen werden kann. In Sevilla wurde dieses einzigartige Ökosystem zum Welterbe der UNESCO er-

nannt.

An den kurzfristig organisierten Feierlichkeiten in Cuxhaven nahm auch der niedersächsische Minister für Umwelt und Klimaschutz, Hans-Heinrich Sander, gemeinsam mit seinem schleswig-

holsteinischen Amtskollegen von Boetticher teil.

Unser Wattenmeer erstreckt sich über eine Fläche von 9.300 km² und ist das größte seiner Art weltweit. Es bildet den Lebensraum vieler Tiere und Pflanzen: Seehunde,

Vogel-, Nessel- und Insektenarten finden hier alles, was sie zum Leben brauchen.

Die Geschichte zeigt, dass das Potenzial dieser Naturlandschaft früh erkannt wurde. Das Wattenmeer dient den Menschen schon seit mehr als 150 Jahren als außergewöhnliches Erholungsgebiet.

Niedersachsen kann mit Stolz behaupten, Teil einer solch einzigartigen Geschichte zu sein. Die Errichtung eines Wattenmeer-Naturparks unter Ministerpräsident Albrecht war der offizielle Beginn für diese erfolgreiche Geschichte, die nun in Sevilla ihren Höhepunkt fand. Die Auszeichnung als Weltnaturerbe der UNESCO ist sowohl Ansporn als auch Chance, das Wattenmeer in seiner einzigartigen Vielfalt den Menschen näherzubringen.

Den sich mit dieser Auszeichnung abzeichnenden Zuwachs an Tourismus im niedersächsischen Wattenmeer sollten wir nicht als Bedrohung des Naturerbes sondern

als Chance sehen. Um diesen Titel nicht nur für die Küstenregion Niedersachsens nutzbar zu machen, gilt es in nächster Zeit, das Weltnaturerbe mit Leben zu füllen. Aus den Entwicklungen in Dresden, wo dem Elbtal der Welterbestatus wieder aberkannt wurde, haben wir zu lernen. Wir werden hier Ökologie und Ökonomie auch künftig in Einklang zu bringen haben. Das Erleben der Natur durch den Menschen ist aber ein wichtiger Baustein, um sie zu erhalten.

**Hans-Heinrich Sander MdL,
Niedersächsischer Minister
für Umwelt und Klimaschutz** ■



Das Regionalbüro Hannover der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit/Rudolf von Bennigsen-Stiftung im zweiten Halbjahr 2009

Das Regionalbüro Hannover der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und der Rudolf von Bennigsen-Stiftung bietet im Jahr 2009 wieder zu den unterschiedlichsten Themenbereichen Seminare und Abendveranstaltungen an.

Auch im zweiten Halbjahr 2009 bietet die Rudolf von Bennigsen-Stiftung eine breite politische Themenvielfalt. Am 29.08.2009 werden wir in Osnabrück einladen, ab 10.00 Uhr zusammen mit den unterschiedlichsten Referenten in der FABI zu frühstücken und über das Thema „Wissen-Toleranz-Zusammenhalt“ zu reden. Wir freuen uns dazu, als Gäste Dr. Philipp Rösler, nds. Mi-

nister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und stv. Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, und Carl-Ludwig Thiele, stv. Landesvorsitzender und Vorsitzender des Bezirksverbandes Osnabrück, begrüßen zu dürfen.

Natürlich stellen wir uns auch dem historischen Rückblick nach 20 Jahren Mauerfall. Kritisch und kontrovers wie immer freuen wir uns auf die Diskussion mit den unterschiedlichsten Gästen.

Am 08.09. dürfen wir in „der Hinterbühne“ in Hannover Peter Pragal begrüßen, der lange Jahre als Westkorrespondent in Ost-Berlin gelebt und gearbeitet hat und seine Erfahrungen in einem Buch „Der geduldete Klassenfeind“ aufgeschrieben hat.

Am 19.08. findet im Schloss Salder in Salzgitter eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit Dr. Hubertus Knabe, Gedenkstättenleiter der Berliner Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen, zum Thema „Die Wahrheit über die Linke“ statt, zu der wir Sie herzlich einladen möchten.

Zusammen mit dem Liberalen Mittelstand laden wir am 03.09. in das Mercure Hotel Mitte zu einem Vortrag von Dr. Karen Horn „Die Rückkehr der ehrbaren Kaufleute – Überlegungen zu unternehmerischer Verantwortung“ ein. In Zeiten der Finanzkrise, der Rezession, vor allem aber der verschärft ausbrechenden Systemdebatte taucht jetzt immer wieder der Begriff des ehrbaren Kauf-

manns in der Diskussion auf. Was haben jedoch der ehrbare Kaufmann und die Soziale Marktwirtschaft gemeinsam? Dies möchten wir in einem kritischen Dialog beleuchten.

Auch im Bereich der Fertigkeiten haben wir im zweiten Halbjahr ein Angebot für Sie! Zum einen haben wir ein völlig neues Training in unser Repertoire aufgenommen: „Führen im politischen Ehrenamt“. Dies findet am 24.10. in Hannover im Mercure Hotel Mitte statt.

Desweiteren bieten wir ihnen am 31.10. ebenfalls in Hannover „Rhetorik für Frauen an“. Mit den kommunalen Finanzen (NKF) wollen wir uns am 25.10. in Papenburg beschäftigen.

Zum Schluss möchten wir noch eine Veranstaltung zum Thema „Kultur trifft Politik!“, die wir ganz in den nördlichen Wirkungskreis geschoben haben, aufs Freudigste ankündigen.

Am 28.08. auf der Insel Norderney dürfen wir u.a. als Gast auf der Kulturdiskussionsreihe Heinz Rudolf Kunze begrüßen, der die Diskussionsrunde bereichern wird.

Mehr Informationen gibt es auf www.freiheit.org oder 05 11-1699970. ■

Aus dem Europaparlament: Erste personelle und politische Weichenstellungen



Die Zeit zwischen der Europawahl am 7. Juni und der konstituierenden Sitzung in Straßburg am 14. Juli war geprägt von Diskussionen um Positionen, po-

litische Zielsetzungen und Präsenz in den einzelnen Politikfeldern. Mit dem ehemaligen belgischen Ministerpräsidenten Guy Verhofstadt haben wir in der ALDE einen

Fraktionsvorsitzenden mit großer politischer Erfahrung gewählt. Dass ihm als 1. Stellvertreter Alexander Graf Lambsdorff zur Seite steht, stärkt unsere ohnehin schon

sehr gute Ausgangsposition als FDP-Delegation.

Die Entscheidung, einer frühzeitigen Wiederwahl von Barroso nicht zuzustimmen, war in der Fraktion schnell getroffen. Voraussetzung für ein Votum ist aus Sicht der Liberalen die Vorlage eines politischen Programms des amtierenden Kommissionspräsidenten, das in den Kernpunkten mit unseren gerade verabschiedeten Positionen übereinstimmt. Bekanntermaßen verlief die Wahl von Silvana Koch-Mehrin zur Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments nicht reibungslos. Da darüber schon viel geschrieben wurde, hier nur so viel: Es war deutlich spürbar, dass Neid auf ihren Bekanntheitsgrad eine große Rolle spielte.

Die Besetzung der Ausschüsse verlief bis zuletzt turbulent. Dass in den 19 Nationen, aus denen sich die ALDE zusammensetzt, teilweise gleich zwei nationale Parteien vertreten sind, verkomplizierte die Entscheidung zusätzlich. Fazit:

Die FDP ist jetzt in allen 23 Ausschüssen und Unterausschüssen vertreten und damit für die inhaltliche Arbeit hervorragend aufgestellt. Die Wahl von Wolf Klinz zum Vorsitzenden des Sonderausschusses zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise rundet das gute Ergebnis ab. Ich werde im Ausschuss für Verkehr und Tourismus niedersächsische Interessen vertreten, als Stellvertreterin im Ausschuss für Beschäftigung und Soziales meine Erfahrungen aus dem Landtag einbringen und in der Agrarpolitik engen Kontakt zu Britta Reimers, unserer Milchbäuerin aus Schleswig-Holstein, halten. Regional konnten wir uns die Zuständigkeiten im Norden aufteilen: Britta Reimers übernimmt von Wim Schuth Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, ich werde Hamburg und Bremen mit betreuen.

Gesine Meißner MdEP ■



Junge Liberale: Organspenden retten Leben – Aufklärung muss intensiviert werden!



Jeder von uns kann plötzlich in die Situation kommen, auf eine Organspende angewiesen zu sein. Sei es durch eine Krankheit oder einen Unfall. Um Leben zu retten, ist es daher extrem wichtig, schnellstmöglich einen passenden Organspender zu finden. Doch seit Jahren sinkt die Zahl der Organspender in Deutschland. Auch Niedersachsen ist von dieser negativen Entwicklung betroffen und liegt im nationalen Vergleich auf dem drittletzten Platz (12,9 Spender je eine Million Einwohner). Zwar sind laut Umfragen 80% der Niedersachsen positiv gegenüber dem Thema Organspenden eingestellt, trotzdem hatten 2007 nur 14 Prozent einen entsprechenden Spenderausweis. Aufgrund dieser Zahlen stellt sich natürlich die Frage, warum nur ein so geringer Teil der niedersächsischen Bevölkerung Organspender ist. Ein Grund hierfür ist sicherlich die

Tatsache, dass die Aufklärungsarbeit bis dato nur unzureichend ist und ein bloßes Auslegen von Spenderausweisen schlichtweg nicht ausreicht, um mehr Menschen zur Organspende zu bewegen. Aus liberaler Sicht spielt hierbei natürlich der freie Wille des Bürgers eine extrem wichtige Rolle. Daher muss überlegt werden, wie man die Menschen in unserem Land dazu bewegen kann, sich als Organspender registrieren zu lassen, ohne dabei die Freiwilligkeit jedes einzelnen Bürgers außer Acht zu lassen. Aus diesem Grund spricht sich die FDP Nachwuchsorganisation eindeutig gegen die Widerspruchsregelung aus. Auf der anderen Seite muss auch die Informationsarbeit erheblich intensiviert werden. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung kann z.B. ein ganzheitliches Konzept zum Thema Organspende entwickeln,

das neben der passiven Informationspolitik auch verstärkt die aktive Ansprache integriert. Weitere Möglichkeiten bestehen z.B. darin, dass die Organspendeausweise bei der Beantragung von Ausweisen und Führerscheinen ausgehändigt werden oder eine gezielte Informationspolitik während der verschiedenen Vorsorgeuntersuchungen unternommen wird. Die Aufklärungsarbeit sollte so früh wie möglich beginnen, also bereits bei den volljährigen Schülerinnen und Schülern in der Schule. Außerdem ist es sinnvoll, dass in allen geeigneten Krankenhäusern ein Arzt zum Transplantationsbeauftragten ernannt wird.

Verony Reichelt ■



Liberaler Mittelstand: Nur „CDU + FDP = Politikwechsel in Deutschland“

Liberaler Mittelstand startet Mitgliederkampagne

Durch die anhaltende Finanzkrise mit Beinahe-Zusammenbrüchen von Banken (siehe HRE) und Fast-Insolvenzen in der Groß-

Industrie (siehe Opel und Schaeffler-Conti) wird der Mittelstand zunehmend als tragende Säule unserer Volkswirtschaft wahrgenommen und gewinnt endlich auch die Aufmerksamkeit der Politik. Das hat den Liberalen Mittelstand



Niedersachsen auf seiner letzten Vorstandssitzung dazu veranlasst, in Zusammenarbeit mit dem FDP-Landesverband eine groß angelegte Werbekampagne um Mitglieder aus diesem Personenkreis zu starten, denn der Liberale Mittelstand ist die Organisation, die speziell die Interessen der KMUs – der kleinen, überwiegend familiengeführten Unternehmen mit bis zu 50 Mitarbeitern - vertritt und die bisher keine Lobby hatten. 320.000 Betriebe mit ihren Unternehmerfamilien und 1,9 Mio. sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten gibt es davon allein in Niedersachsen, und es ist dringend notwendig, diesen Unternehmern das Forum zu bieten, wo sie sich mit ihren spezifischen Sorgen und Problemen wiederfinden und verstanden werden, so wie der Liberale Mittelstand das bereits seit Langem praktiziert und aus den Ergebnissen politisches Handeln initiiert.

„Noch nie war die Gelegenheit günstiger als jetzt, neue Mitstreiter für unsere gemeinsame liberale Sache zu werben“, stellte Friedhelm Pietschmann, Landesvorsitzender des Liberalen Mittelstandes fest. „Noch nie hat sich eine politische Partei so eindeutig zum Mittelstand und seiner Stellung in der Gesellschaft bekannt wie die FDP

in ihrem neuen Bundestagswahlprogramm 2009: Der Mittelstand steht für Freiheit, Mut, Pioniergeist, Risikobereitschaft und übernimmt Verantwortung für sich, seinen Betrieb, für seine Beschäftigten und damit Verantwortung für unsere Gesellschaft. Der Mittelstand ist eine tragende Säule unserer Volkswirtschaft. Dafür verdient er Respekt und Anerkennung von allen“, so steht es dort schon in der Präambel.

Wegen der mittelstandsfeindlichen Politik der Bundesregierung laufen der CDU nicht nur die Wähler, sondern auch die Mitglieder davon, und hier besonders die Mitglieder der Mittelstandsvereinigung MIT. Jetzt sei es Zeit für die FDP, die vornehme Zurückhaltung in der Mitgliederwerbung aufzugeben und speziell diese Klientel davon zu überzeugen, wie wichtig sie uns ist, und diese Enttäuschten und andere, die eigentlich schon immer vorhatten, sich der Politik zu nähern, anzusprechen.

„Für kleine und mittlere Unternehmer ist es wegen ihrer Einbindung vor Ort manchmal nicht einfach, sich direkt für die Liberalen zu entscheiden. Dafür ist der Libe-



rale Mittelstand Niedersachsen die richtige Adresse. Hier kann auch Mitglied werden, wer keiner Partei angehört“, so Pietschmann. Dazu sei es allerdings notwendig, flächendeckend vertreten zu sein und für diese Klientel kompetente Ansprechpartner vor Ort zu haben. Deshalb appelliere der Vorstand des Liberalen Mittelstandes an die Unternehmer in der FDP landesweit, diese Aktion nachhaltig zu unterstützen.

Der Erfolg sei auch von besonderer Bedeutung für die Bundestagswahl am 27. September: Die Analyse der Bundestagswahl 2005 habe ergeben, dass der Mittelstand die FDP damals nur zu 17% gewählt hat, ganz anders als gedacht.

„Nur eine starke FDP kann die Verluste der CDU ausgleichen, damit am Ende die Rechnung stimmt: CDU + FDP = Politikwechsel in Deutschland. Die Schlacht ist noch nicht geschlagen“, resümierte Friedhelm Pietschmann.

**Friedhelm Pietschmann,
Landesvorsitzender des
Liberalen Mittelstandes
Niedersachsen**

Senkung der Abgabenbelastung dringend notwendig

Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler arbeiten die Deutschen seit dem 14. Juli rein rechnerisch wieder für ihr eigenes Portmonee.

Der Steuerzahler-Gedenktag wird auf Grundlage der volkswirtschaftlichen Einkommensbelastungsquote errechnet. Mit dieser Quote wird gezeigt, wie viel der Staat vom Einkommen der Bürger und der Unternehmen über Steuern und Sozialabgaben rein rechnerisch einbehält. Für das Jahr 2009 beträgt die Quote 53,3 Prozent. Nicht zuletzt der Einheitsbeitrag für die gesetzlichen Krankenkassen von 15,5 Prozent, der für 90 Prozent der Mitglieder eine Steigerung der Kosten mit sich brachte, hat die Situation verschärft. Demzufolge lässt sich der 14. Juli, 8.42 Uhr als exakter Zeitpunkt, bis

zu dem die Steuer- und Abgabenzahler für den Staat arbeiten müssen, berechnen.

„Zu einer spürbaren Senkung der Abgabenbelastung muss es endlich kommen“, so Friedhelm Pietschmann, Landesvorsitzender des Liberalen Mittelstandes Niedersachsen. „Dann kann der Steuerzahler-Gedenktag auch wieder in der ersten Hälfte des Jahres begangen werden.“ Speziell bei der Lohn- und Einkommensteuer sind wegen der enormen heimlichen Steuererhöhungen deutliche tarifliche Entlastungen notwendig. Vehement plädiert der Liberale darüber hinaus für eine Senkung der Sozialabgaben bei niedrigen Einkommen.

Die steuerlichen Erleichterungen im Rahmen der Konjunkturpakete sind nach Pietschmann ein erster Schritt in die richtige Richtung,

werden aber weit hinter den Erfordernissen zurückbleiben. Denn die bisherigen Entlastungen bei gleichzeitig stärker sinkendem Volkseinkommen reichen nicht aus, um die finanzielle Belastungsquote zu senken. „Die Maßnahmen, die bisher auf den Weg gebracht wurden, sind lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein“, moniert Pietschmann. Trotz der Finanzkrise werden auch 2009 die dritthöchsten Steuereinnahmen aller Zeiten erwartet. Nachhaltige Steuer- und Beitragsentlastungen sind daher nicht nur finanzierbar, sie sind dringend notwendig und dürfen nicht aufgeschoben werden.

**Friedhelm Pietschmann,
Landesvorsitzender des
Liberalen Mittelstandes
Niedersachsen**



Sommertour: Christian Grascha MdL besucht niedersächsische Mittelständler

„Dafür verdient er Respekt und Anerkennung von allen und Unterstützung in dieser besonderen Situation.“

Im Rahmen seiner Sommerreise durch Niedersachsen machte Christian Grascha, wissenschafts- und forschungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, auch Halt in Isernhagen. Er besuchte dort zusammen mit Friedhelm Pietschmann, Landesvorsitzender des Liberalen Mittelstandes Niedersachsen, und mit Marcel Niemann, stv. Ortsverbandsvorsitzender der FDP Isernhagen, die Firma DAUME Regelarmaturen GmbH.

Daume Regelarmaturen ist ein mittelständisches Unternehmen mit dem Schwerpunkt Entwicklung und Fertigung von Regelventilen für den gesamten Bereich der En-

ergieversorgung sowie für viele Bereiche der Prozesstechnik, wie z. B. für die Chemische Industrie, Prozesse in der Kraftwerkstechnik, erdölverarbeitenden Industrie, der pharmazeutischen Industrie und der Stahlindustrie. Überall dort, wo es darum geht, unterschiedliche Druckverhältnisse in Dampf, Wasser oder anderen Stoffen auszugleichen, und das z. T. bei sehr hohen Temperaturen, ist die Ingenieurleistung von Daume gefordert, und das zum großen Teil in Einzelfertigung. Die Produkte von Daume werden weltweit eingesetzt und müssen deshalb den entsprechenden Prüf- und Genehmigungsverfahren der Einsatzländer standhalten.

Die Besucher freuten sich, in Daume Regelarmaturen einen typischen Betrieb des Mittelstandes anzutreffen: Inhabergeführt von Vater und Tochter, mit eigenem

Geld auf eigenes Risiko wird der Wirtschaftskrise getrotzt. Obwohl auch hier die Beschäftigung eingebrochen ist als Folge der ausbleibenden Aufträge bei ihren Kunden, hat die Firma Daume bisher weder Kurzarbeit angemeldet, noch jemanden von ihren 25 hochqualifizierten Mitarbeitern entlassen. Umso ärgerlicher finden es die Inhaber, dass die überall so propagierte Förderung der Qualifizierungsinitiative in den Unternehmen für sie nicht gilt. Ein Zuschuss für die notwendige Weiterbildung, auch der Spezialisten, ist nicht vorgesehen. „Davon profitieren wieder nur die Großen“, stellte Britta Daume fest. „Dabei ist der Mittelstand die tragende Säule unserer Volkswirtschaft. Der mittelständische Unternehmer steht für Mut, Pioniergeist, Risikobereitschaft und Innovationskraft und übernimmt Verantwortung für sich, seinen Be-

trieb, für seine Beschäftigten und damit Verantwortung für unsere Gesellschaft. Dafür verdient er Respekt und Anerkennung von allen und Unterstützung in dieser besonderen Situation“, so Grascha.

Friedhelm Pietschmann,
Landesvorsitzender des
Liberalen Mittelstandes
Niedersachsen



Liberaler Senioren:

Für Seniorenbeiräte in Städten und Gemeinden!

In unserer Gesellschaft spielt sich das Leben der Menschen im Wesentlichen in Städten und Gemeinden ab. Hier wachsen sie auf, hier nehmen sie sich eine Wohnung oder erwerben ein Haus, hier finden sie im Alter ihren Ruhestand. Hier gehen sie einer möglichst einträglichen Beschäftigung nach und widmen sich später im Ruhestand ihren persönlichen In-

nützlichen Kontakten und Beziehungen auf und pflegen sie zu ihrem Vorteil bis ins hohe Alter. Das alles schafft Vertrautheit und gibt Sicherheit und liefert so eine der entscheidenden Grundlagen für ein von Anfang bis Ende als erfüllt empfundenes Leben. Städte und Gemeinden liefern dafür über alle Lebensabschnitte eines Menschen verteilt viele Anknüpfungspunkte

und stellen dafür eine umfassende Gestaltungsbasis bereit. Diese Basis in jedem Lebensabschnitt eigenverantwortlich und selbstbestimmt in Anspruch zu nehmen und zu nutzen, ist für jeden Menschen natürlich und selbstverständlich, ge-



nauso wie er darauf Einfluss nehmen will, sie in seinem Sinne weiter zu entwickeln. Die Bedingungen und die Qualität, zu denen Menschen in Städten und Gemeinden leben, werden von einer Vielzahl von Faktoren bestimmt. Das beginnt mit der Infrastruktur, wie etwa den Wohnverhältnissen, der örtlichen Wirt-

schaft, den Schulen und anderen Ausbildungsstätten, den kulturellen sowie den Erholungs- und Freizeiteinrichtungen. Das setzt sich fort mit der Versorgung von Gütern des täglichen Bedarfs, dem Angebot von unterschiedlichsten Dienstleistungen, den Verkehrsmöglichkeiten, der sozialen Betreuung, den gesellschaftlichen Kontakten. Das schließt die Art und Weise mit ein, wie die Menschen miteinander umgehen, wie die einzelnen Gruppen – Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Ältere – sich gegenseitig achten und behandeln, wie sie hierauf und auf die übrigen Faktoren Einfluss nehmen können, wie sie respektiert werden. Was in den Städten und Gemeinden geschieht und welche Gestalt diese Faktoren tatsächlich annehmen, bestimmen allerdings ganz entscheidend deren gewählte Räte und Verwaltungen. Wenn es einmal glücklich kommt, sind sie ein Spiegel der eigenen Bevölkerung. Im Regelfall aber regieren hier die Aktivsten aus den mittleren Generationen der Bevölkerung, was auch gut und sinnvoll ist. Dazu sind nun mal weder Kinder und Jugendliche in der Lage, denen dafür das notwendige Wissen und die Erfahrung fehlen, noch die ältere Generation, die oft die dafür erforderliche Energie und Ausdauer

nicht mehr aufwenden mag, aber auf jeden Fall gehört werden will. Das ist hier wegen der lebenslang gewonnenen Erfahrungen und wegen des angesammelten Wissens auch sinnvoll und vernünftig. Eine bedeutende Zahl von Städten und Gemeinden hat sich bereits längst dazu entschieden, sich die Erfahrungen und das Wissen der Älteren über Beiräte oder Vertretungen zu erschließen und zu nutzen. Die Landeshauptstadt Hannover beispielsweise hat schon 1976 durch Beschluss des Rates einen Seniorenbeirat eingerichtet, der alle 5 Jahre von den über 60-jährigen Einwohnern gewählt wird. Diesem Beirat hat der Rat aufgegeben, ihn und die Verwaltung in allen Angelegenheiten älterer Menschen zu beraten und zu unterstützen, bei Fragen des Bauens von Altenwohnungen und Alteinrichtungen mitzuwirken, bei allen Projekten und Problemen der Stadt die Interessen der Älteren zu vertreten und ältere Menschen in ihren Angelegenheiten zu beraten. Die Erfahrungen, die die Landeshauptstadt mit ihrem Seniorenbeirat seither gemacht hat, belegen, dass die Interessen und Sichtweisen der älteren Generation auf diesem Weg in angemessener Art und Weise zur Sprache kommen

und vertreten werden. Nicht nur dieses Beispiel beweist, wie sinnvoll und vernünftig es ist, auf diese Weise die Erfahrungen und das Wissen der Älteren zu nutzen. Daran sollten sich auch andere Städte und Gemeinden, wenn es ihre Bevölkerungsstruktur nahe legt, ein Beispiel nehmen. Dafür werben die LIBERALEN SENIOREN in Niedersachsen und suchen weitere Mitstreiter:

■ Kreisverband Region Hannover
Vorsitzender
Gerd-Dietrich Tiefensee
Hannover, Laher Kirchweg 60

■ Kreisverband Leer
Vorsitzender Dieter Nagel
Hesel, Am Timmerberge 36

■ Kreisverband Northeim-Dassel
Vorsitzender Joachim Kuhle
Dassel, Herrenhof 2

■ KV Region Braunschweig
Vorsitzender Hans-Peter Roppel
Schöningen, Marienstr. 10

■ Kreisverband Region Oldenburg
Vorsitzende Gaby Ender
Oldenburg, Ofenerdieker Str. 70

■ Landesverband Niedersachsen
Hannover,
Walter-Gieseking-Str. 22

■ Kreisverband Region Oldenburg
Vorsitzende Gaby Ender
Oldenburg, Ofenerdieker Str. 70

■ Landesverband Niedersachsen
Hannover,
Walter-Gieseking-Str. 22

■ Kreisverband Region Oldenburg
Vorsitzende Gaby Ender
Oldenburg, Ofenerdieker Str. 70

■ Landesverband Niedersachsen
Hannover,
Walter-Gieseking-Str. 22

■ Kreisverband Region Oldenburg
Vorsitzende Gaby Ender
Oldenburg, Ofenerdieker Str. 70

■ Landesverband Niedersachsen
Hannover,
Walter-Gieseking-Str. 22

Gerd-Dietrich Tiefensee,
Landesvorsitzender der
Liberalen Senioren

Liberaler Frauen:

Sommerfest der Liberalen Frauen

Die Liberalen Frauen Niedersachsen feiern ihr diesjähriges Sommerfest am Sonntag, den 23. August mit einer Segeltour auf dem Steinhuder Meer. Vom Treffpunkt an den Strandterrassen wird Kurs auf die Insel festung Wilhelmstein genommen. Können und Mutige können unter Anleitung hinsegeln, alle anderen werden sicher an die Insel gebracht und können die Überfahrt genießen.

Auf der Insel wird Zeit für gute Unterhaltung, Kaffee und Kuchen sein. Ein Höhepunkt der Veranstaltung wird aber sicher die offizielle Verabschiedung unserer langjährigen Vorsitzenden Ursula Walter sein. Ihr wollen wir für ihre Arbeit und ihr Engagement danken.

Wir freuen uns auf viele Gäste. Sollte „Niedersachsen Liberal“ vor dem 20. August erscheinen, dann können Sie sich bei Interesse gern noch unter birgit.kemphues@liberale-frauen-nds.de anmelden. Nichtmitglieder zahlen einen Beitrag von 16 Euro.

Ahoi!

Ihre Agneta Achterberg,
Vorsitzende der Liberalen
Frauen Niedersachsen



Sommertruck

„Aufwärts für Deutschland“ im Ammerland

Stationen am Meer und in Rastede, Tretboote und Unterschriftenaktion

Das Team des FDP Sommertrucks hatte am Sonntag, den 26. Juli 2009 alle Hände voll zu tun: Morgens machten sie Station am Meer von Bad Zwischenahn. Von 11 bis 12 Uhr konnten sich die Bürger auf dem Marktplatz von der FDP-Bundestagskandidatin Christiane Ratjen-Damerau sowie dem parlamentarischen Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion, Christian Dürr, über liberale Politik informieren lassen. Dazu gab es auch eine Unterschriftenaktion zu Gunsten der Einführung reduzierter Mehrwertsteuersätze für Hotellerie und

Gastronomie. Bevor es dann zur nächsten Station Rastede weiterging, legte das Team eine kurze Pause ein und entspannte sich bei einer Tretboot-Fahrt auf dem Zwischenahner Meer.

In Rastede nutzte der Tross aus Truck, drei Begleitfahrzeugen und sieben Unterstützern das Umfeld des Landesturniers um die Forderung „Schluss mit Hü und Hott“ – bezogen auf die große Koalition – bekannt zu machen.

Noch bis zum 9. August dauert die insgesamt 6-wöchige Tour durch die gesamte Republik. In den nächsten Tagen steht mit Konstanz der südlichste Tourstopp an. Die 43. und letzte Station wird dann beim Wardenburger Cityfest sein.



Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker: Nach der Wahl ist vor der Wahl!

Für die niedersächsischen Liberalen stehen nach der Bundestagswahl am 27.09. erst einmal keine Wahlen an. Erst wieder im Herbst 2011 werden landesweit im Rahmen der Kommunalwahlen die Zusammensetzung der Stadt- und Gemeinderäte, die Mehrheitsverhältnisse in den Kreistagen und in der Regionsversammlung sowie die Sitzverteilung in den Samtgemeinde-, Orts- und Stadtbezirksräten neu bestimmt. Bis dahin sollte die „wahlkampffreie“ Zeit jedoch nicht ungenutzt verstreichen, vielmehr gilt das Motto „Nach der Wahl ist vor der Wahl!“

Die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker in Niedersachsen e.V. hat sich zum Ziel gesetzt, die amtierenden „Kommunalparlamentarier“ weiterzuqualifizieren sowie neue Kandidatinnen und Kandidaten zu gewinnen und sie für die

kommunale Politik zu begeistern. Bei der Nachwuchsförderung im Bereich der ehrenamtlichen aber auch hauptamtlichen kommunalen Mandatsträger strebt die

VLK Niedersachsen eine Kooperation mit den liberalen Vorfeldorganisationen, gerade auch den Liberalen Frauen und den Jungen Liberalen, an. Begleitend durch Seminare der

RvB-/Friedrich-Naumann-Stiftung sollen gerade auch Frauen und jüngere Mitmenschen für die Politik vor Ort gewonnen werden.

www.vlk-nds.de

VLK
Vereinigung Liberaler
Kommunalpolitiker
in Niedersachsen e. V.



FDP
Niedersachsen

Impressum

Niedersachsen-Verlag GmbH
Walter-Gieseking-Str. 22
30159 Hannover
Telefon: 0511 - 280 71-38
Telefax: 0511 - 280 71-25
E-Mail: oetjen@niedersachsen-verlag.de

V.i.S.d.P.: Dr. Oliver Liersch
Auflage: 6.800 Exemplare

Layout und Satz:
a.b.media gmbh, Kathrein Bönsch
Hastenbecker Weg 1, 31785 Hameln
www.abmedia-online.de

Druck: Unger und Pauselius, Hameln

Fotos: Bildarchive (7 Stück)
FDP Landesverband Nds. (13 Stück)

Bildnachweis
Seite 2: © pmphoto - Fotolia
Seite 3: © Franz Pfluegl - Fotolia
Seite 5: © Birgit Reitz-Hofmann - Fotolia
© Helmut Niklas - Fotolia
Seite 6: © Monkey Business - Fotolia
Seite 8: © Alex Bramwell - Fotolia
Forechte: EventundMedia.de